



Der Anschlag auf die Stromversorgung hat Zehntausende Berlinerinnen und Berliner eiskalt erwischt | Bild: Freepik

Berlins Südwesten im Würgegriff von Kälte und Dunkelheit

05. Januar 2026

Der Berliner Südwesten leidet massiv unter den Folgen des linksterroristischen Anschlages vom Samstagmorgen auf die Stromversorgung. Weite Bereiche in Zehlendorf, Lichterfelde, Nikolassee und Wannsee sind noch immer ohne Strom und Wärme. Inzwischen sind 14.000 der ursprünglich betroffenen 45.000 Haushalte und 500 von 2.200 Gewerbebetrieben wieder am Netz, die vollständige Stromversorgung dürfte aber erst am Donnerstag sichergestellt sein.

Der Berliner Senat hat eine Großschadenslage ausgerufen, um Ressourcen von Feuerwehr, Polizei und Hilfsorganisationen besser zu koordinieren. So unterstützt das Technische

Hilfswerk (THW) kritische Einrichtungen wie Krankenhäuser und Pflegeheime mit Notstrom und hat etwa Anlaufstellen eingerichtet. Zudem wurden Notunterkünfte und Wärmestuben eingerichtet.

Berlins Regierender Bürgermeister **Kai Wegner** (CDU) verurteilte den Vorfall als „inakzeptablen Angriff auf unsere Infrastruktur“ und sprach im Kontext des Verdachts politisch motivierter Brandstiftung von einer Gefährdung von Menschenleben. Innensenatorin **Iris Spranger** (SPD) betonte die Bedeutung der Großschadenslage, um die Einsatzkoordination zu stärken, und lobte die intensive Zusammenarbeit der Behörden.

Wirtschaftssenatorin **Franziska Giffey** (SPD) verwies auf das neue Resilienzkonzept für die Stromversorgung und kündigte zusätzliche Notstromaggregate vor allem für kritische Einrichtungen an. Sie forderte zugleich Bundeshilfe bei Ermittlungen und Maßnahmen.

Kritik kam von den Berliner Grünen. Sie fordern bessere Vorsorgekonzepte und Netzsicherheitsprüfungen, da strukturelle Schwächen im Stromnetz deutlich geworden seien. (red)